



Arbeitsgruppe Wohnen des NÖ Armutsnetzwerks lädt zum
Pressegespräch am 16.10.2019 um 10 Uhr, Kloostergasse 15, 3100 St. Pölten

Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden! Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Wohnen ist ein unverzichtbares Grundbedürfnis, dennoch wird es für viele immer mehr zum Luxus: Die Mietpreise sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, die Entwicklung der Einkommen, aber auch die vorhandenen Fördersysteme puffern diese Steigerung nicht ab. Die „eigenen vier Wände“ werden für viele zu einem Armutsrisiko und für manche auch zu einem unerreichbaren Gut. Leistbare Wohnungen sind in Regionen mit guter Infrastruktur kaum noch zu finden, in ländlichen Regionen fehlt es häufig an gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wenn Wohnen teurer wird, trifft es uns alle. Ganz besonders aber jene, die ohnehin schon in einer finanziellen Notlage sind. Derzeit wird der Wohnzuschuss in NÖ vom Wohnanteil der Mindestsicherung abgezogen. Jene Menschen, die in einer existenziellen Notlage sind, werden also durch diese Förderstrukturen nicht entlastet.

Das im Juni 2019 im NÖ Landtag beschlossene Sozialhilfe Ausführungsgesetz (SAG) NÖ soll mit 1.1.2020 in Kraft treten. Die darin vorgesehenen Kürzungen werden vor allem Familien mit mehreren Kindern treffen. Einer Familie mit zwei minderjährigen Kindern stehen in Zukunft € 142 im Monat weniger zur Verfügung, einer Familie mit drei Kindern bereits € 301 weniger als bisher.

Finanzielle Beihilfen, die in der Vergangenheit viele vor dem Verlust der Wohnung bewahrt haben, sollen laut dem NÖ Sozialhilfeausführungsgesetz für die Begleichung von Miet- und Energierückständen explizit nicht mehr gewährt werden. Damit steigt die Gefahr, eine Abwärtsspirale in Gang zu setzen, die mit einem Mietrückstand beginnt und an deren Ende die Wohnungslosigkeit mit all ihren Folgeproblemen steht.

Auf den ersten Blick leistbar erscheinende Wohnungen sind bei näherer Betrachtung häufig teuer: hohe Energiekosten, Schimmel oder schlechte Bauqualität, etc. relativieren eine günstige Miete.

Es braucht ein klares Bekenntnis der Kommunen zum geförderten Mietwohnbau und zu leistbaren Mietwohnungen, sowie die Erarbeitung neuer Förderstrukturen:

- Solange geförderte Wohnungen nicht flächendeckend und ausreichend verfügbar sind, braucht es Formen der Subjektförderung auch im nicht geförderten Wohnbau.
- Menschen wissen selber am besten, wie sie wohnen möchten. Derzeit erschweren oder verhindern bestehende Strukturen individuelle Lösungen, anstatt sie zu fördern.
- Auch in einer finanziellen Notlage dürfen die eigenen vier Wände kein Luxus und kein Armutsrisiko werden. Das NÖ Sozialhilfeausführungsgesetz muss überdacht und in wesentlichen Punkten geändert werden.
- Bestehende Förderstrukturen sollen jene erreichen, die sie am dringendsten benötigen. Ein gewährter Mietzuschuss entlastet Menschen in einer finanziellen Notlage nur dann, wenn er nicht mehr wie bisher vom Wohnanteil der Mindestsicherung abgezogen wird.

Für Rückfragen:

Barbara Bühler, Koordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk
0650/3757781 bzw. armut_in_noe@gmx.at